

MAW4451 4 plx 519 APD8941 ;GE;x;0;00000280;  
 DEU/Gesundheit/Gutachten 1.ZUS

dsa brn xgegs  
 Alternde Bevölkerung steuert auf Ärztemangel zu  
 Erste Zusammenfassung  
 (weitgehend neu)

Utl: Gesundheits-Sachverständige fordern in neuem Gutachten  
 tiefgreifende Reformen =

Berlin (AP) Weil bald immer mehr weniger Ärzte und Pfleger immer  
 mehr Kranke versorgen müssen, schlagen die  
 Gesundheits-Sachverständigen Alarm. In ihrem neuen Gutachten  
 forderten sie am Dienstag tiefgreifende Reformen. Unter anderem  
 sollten Hausärzte gestärkt, die Zusammenarbeit mit Kliniken  
 verbessert und zum Beispiel auch Apotheker stärker eingebunden  
 werden. Anderenfalls sei die flächendeckende Gesundheitsversorgung  
 in Gefahr.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im  
 Gesundheitswesen nimmt in dem rund 900 Seiten starken Gutachten vor  
 allem die Reibungsverluste zwischen Hausärzten, Fachärzten,  
 Kliniken und anderen Gesundheitsanbietern unter die Lupe. Vor allem  
 bestehe «die Gefahr, dass die primärärztliche Versorgung auf Dauer  
 nicht mehr gewährleistet werden kann», sagte der Ratsvorsitzende  
 Eberhard Wille. Gemeint sind Hausärzte. Schon jetzt sind sie in  
 einigen Regionen Mangelware. In den nächsten Jahren wird sich dies  
 verstärken, weil weniger junge Ärzte nachwachsen.

Zwtl: Pflegebedürftigkeit hinausschieben

Deshalb fordern die Sachverständigen zusätzliche Anreize. Unter  
 anderem sollten die Honorare der Hausärzte im Vergleich zu anderen  
 Medizinern aufgebessert werden. Der Zusammenschluss zu «umfassenden  
 Leistungseinheiten» und zunehmende Pauschalvergütung soll dazu  
 führen, dass sich die Ärzte auch um Prävention und nicht nur um  
 Heilung kümmern.

Es gehe auch darum, den Zeitpunkt chronischer Krankheiten und auch  
 der Pflegebedürftigkeit hinauszuschieben, sagte Wille. Gelingt  
 dies, könnte die Zahl der Pflegebedürftigen 2050 nicht auf 4,35  
 Millionen anwachsen, sondern nur auf 3,5 Millionen. So oder so  
 reichen die Pflegekapazitäten künftig aus Sicht der Gutachter nicht  
 aus. Sie fordern nicht nur mehr ambulante Hilfe, mehr Plätze in  
 Heimen und eine bessere personelle Ausstattung, sondern auch eine  
 breitere Palette der Pflegeangebote.

Zwtl: Zu viele Arzneimittel

In der heutigen Versorgung sehen die Sachverständigen einige  
 gravierende Fehler, und zwar von Kindesbeinen an. So kritisierte  
 Wille zum Beispiel die einseitige Behandlung von Kindern mit dem  
 Zappelphilipp-Syndrom ADHS mit Medikamenten. Wichtiger wären  
 breiter angelegte Hilfen, zum Beispiel Verhaltenstherapie, finden  
 die Experten.

Auch bei Älteren äußern die Sachverständigen Sorge, dass zu viele  
 Pillen verschrieben werden. Rund 35 Prozent der Männer und 40  
 Prozent der Frauen über 65 Jahren erhielten neun oder mehr  
 verschiedene Wirkstoffe in Dauertherapie. «In diesem Kontext bilden  
 unerwünschte Arzneimittelwirkungen ein Kernproblem der Versorgung  
 alter Menschen», erklären die Sachverständigen. Abhilfe könnten  
 Listen mit problematischen Arzneimitteln schaffen.

Zwtl: Keine Position zur Finanzierung

Gesundheitsministerin Ulla Schmidt nahm das Gutachten mit dem

Titel «Koordination und Integration: Gesundheitsversorgung in einer Gesellschaft des längeren Lebens» in Empfang. «Wir müssen Lösungen finden, damit auch die steigende Zahl älterer Menschen medizinisch gut versorgt werden kann», betonte die SPD-Politikerin.

Schmidt bekräftigte ihre Forderung nach einer Bürgerversicherung, um das System bezahlbar zu halten. Die Sachverständigen äußerten sich zu der Streitfrage nach der künftigen Finanzierung nicht.

<http://www.bmg.bund.de/>

Ende##

AP/tt/rg/

301506 jun 09